

In eigener Sache

Behördliche Gegner des Arbeitskreises polemisieren, sind aber offensichtlich nicht zum Dialog bereit

von Karl-Jürgen Müller und Ewald Wetekamp

Kritik ist nicht immer leicht zu ertragen, zumal wenn sie deutlich, grundlegend und in der Sache konsequent ist. So geht es nicht nur einzelnen Menschen, sondern offenbar auch Behörden der baden-württembergischen Schulverwaltung – zumindest deren Spitzenbeamten (ganz zu schweigen von der politischen Führung).

Der «Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg» kritisiert die Schulpolitik der grün-roten Landesregierung nunmehr seit fast einem Jahr und insbesondere die Novelle des Schulgesetzes vom 18. April 2012, mit der sogenannte Gemeinschaftsschulen als neue Schulart eingeführt wurden. Auf diese Kritik beansprucht der Arbeitskreis kein Urheberrecht. Diese Kritik formulieren auch andere. Der Arbeitskreis tut dies allerdings sehr entschieden und entschlossen. Diese Kritik findet sich für jeden zugänglich auf der Internetseite des Arbeitskreises (www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de), in verschiedenen Pressemitteilungen, aber auch in zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen, zu denen Vertreter des Arbeitskreises als Referenten eingeladen werden.

Dass diese Kritik dem amtierenden Kultusminister von Baden-Württemberg und denjenigen in den Schulbehörden, die dessen Politik mittragen, nicht gefällt, ist logisch. Für eine Demokratie fragwürdig ist allerdings, dass diese Kritik nicht zu einem kontroversen Dialog führt, sondern zu persönlichen Diskreditierungsversuchen und zu einer offensichtlichen Dialogverweigerung.

Konkret:

Am 6. Januar hat sich der Arbeitskreis erneut mit einer Pressemitteilung (Pressemitteilung vom 6. Januar auf www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de) an die Medien des Landes gewandt. Diese Pressemitteilung wurde wenige Tage später in einigen Lokal- bzw. Regionalausgaben der Ulmer «Südwest Presse» im Wortlaut veröffentlicht.

Am 18. Januar erschien in Regionalausgaben der «Südwest Presse» ein Artikel mit Verweis auf eine Medienmitteilung des Schulamtes Göppingen, mit der das Schulamt zur Pressemitteilung des Arbeitskreises vom 6. Januar Stellung genommen haben soll.

Allerdings nicht nur in der Sache, sondern auch mit dem Versuch, zwei Mitglieder des Arbeitskreises, nämlich die Verfasser dieses Artikels, persönlich zu diskreditieren. Der letzte Absatz des «Südwest Presse» Artikels lautet nämlich:

«Der Arbeitskreis trete als seriöse Bildungsorganisation auf. Die Hauptverantwortlichen der Mitteilung seien aber als Karl-Jürgen Müller und Ewald Wetekamp identifiziert worden, die immer noch dem Dunstkreis der in der Schweiz mittlerweile aufgelösten Psychosekte „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis“ zuzurechnen seien, so das Schulamt.»

Man beachte insbesondere die «Sachlichkeit» von «seien identifiziert worden» – mehrere öffentliche Rundbriefe des Arbeitskreises wurden seit März 2012 von Karl-Jürgen Müller und Ewald Wetekamp unterschrieben, für die Internetseite des Arbeitskreises zeichnet Ewald Wetekamp verantwortlich – und der Begriffe «Dunstkreis» und «Psychosekte».

Es steht dem Schulamt selbstverständlich frei, dem Arbeitskreis in der Sache zu widersprechen. Indes steht es einer solchen Behörde keineswegs zu, irgendwelche gegenwärtigen oder vergangenen «Dunstkreise» (was auch immer das sein mag) von Bürgern,

zumal sie beamtete Lehrer des Landes Baden-Württemberg sind, öffentlich zum Thema zu machen, erst recht nicht in dieser offensichtlich abwertenden Tonlage.

Wie dem auch sei: Ewald Wetekamp wandte sich am 20. Januar mit einer e-Mail an das Schulamt und bat um Aufklärung darüber, ob es eine solche Medienmitteilung des Schulamtes überhaupt gebe. Am 23. Januar kam folgende Antwort des Schulamtes:

«Sehr geehrter Herr Wetekamp,

das Staatliche Schulamt Göppingen hat keine Pressemitteilung in dieser Angelegenheit veröffentlicht.

Wenn sich der Autor [der „Südwest Presse“], wie von Ihnen geschildert, auf eine diesbezügliche Pressemitteilung bezieht, so entspricht dies nicht den Tatsachen.

Mit freundlichen Grüßen ...»

Ewald Wetekamp wandte sich daraufhin an den Chefredakteur der «Südwest Presse», der dem Arbeitskreis wenige Tage später, am 28. Januar, die (angeblich nicht existierende) Medienmitteilung des Schulamtes zuschickte.

Und in der Tat findet sich in dieser Medienmitteilung (vom 14. Januar) der folgende Absatz:

«Die Absender der PM [vom 6. Januar] treten als seriöse Bildungsorganisation analog etwa zum in der Öffentlichkeit sehr geschätzten „Arbeitskreis Schule-Wirtschaft“ auf. Die Internet-Recherche bzw. auch Pressemitteilungen im Bereich Südbaden enttarnen die beiden Haupt-Verantwortlichen für die Organisation namens Karl-Jürgen Müller und Ewald Wetekamp als immer noch dem Dunstkreis der in der Schweiz mittlerweile aufgelösten „einstigen rechten Psychosekte VPM (Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis)“ nahe stehend.»

Hinzugefügt als einzige Informationsgrundlage wurde der Hinweis auf einen Artikel des «Südkuriers» vom 7. Mai 2012. Unterschrieben hat diese Medienmitteilung der Leiter des Staatlichen Schulamtes.

Man beachte, hier wurde nicht nur «identifiziert», sondern «enttarnt», und die «Psychosekte» ist nicht einfach nur eine «Psychosekte», sie ist auch noch «rechts»!!!

Schon am 21. Januar hatte sich der Arbeitskreis mit einem Leserbrief folgenden Wortlautes an die Südwest Presse gewandt:

«Der „Arbeitskreis Schule und Bildung“ ist ein im April 2012 ins Leben gerufener loser Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern aus Baden-Württemberg, die große Bedenken gegen das Projekt «Gemeinschaftsschule» haben. In einem Artikel der „Südwest-Presse“ (18.1.2013) wird eine Medienmitteilung des Staatlichen Schulamtes Göppingen zu unserem Arbeitskreis zitiert. Dem Schulamt steht es frei, eine andere Meinung zur Gemeinschaftsschule als unser Arbeitskreis zu haben. Wir haben unsere Position in verschiedenen Texten, die auf unserer Internetseite nachzulesen sind, begründet und belegt. Einer Diskussion hierüber mit dem staatlichen Schulamt und auch mit dem Kultusministerium von Baden-Württemberg stehen wir nicht im Wege. Diese Diskussion darf ruhig auch eine öffentliche sein. Aber hierzu scheinen bislang ja weder Schulamt noch Ministerium bereit zu sein. Im Gegenteil: Beide Behörden arbeiten anscheinend lieber mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten und mit Polemik.

Was den „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis“ betrifft: Dieser Schweizer Verein war keine „Psychosekte“. Er hat sich in den neunziger Jahren in der Schweiz gegen eine Legalisierung von Rauschgiften und gegen Veränderungen in den Schulen gewandt, deren Fortsetzung wir heute in Baden-Württemberg mit dem Projekt „Gemeinschaftsschule“ erleben. Das war der Grund, warum der Verein mit

einer massiven Kampagne überzogen wurde. Der Verein hat sich 2002 aufgelöst. Bürger wie die beiden Unterzeichner dieses Leserbriefes, die diesen Verein gekannt und geschätzt haben, haben sich allerdings nicht aufgelöst und denken auch gar nicht daran, auf ihre Bürgerrechte zu verzichten.»

Zu diesem Leserbrief bleibt nur anzumerken, dass er nie veröffentlicht wurde, obwohl der Arbeitskreis und auch der VPM zuvor in der «Südwest Presse» attackiert worden waren. Der Chefredakteur hatte zwar schon Anfang Februar zugesagt, der Sache nachzugehen. Eine Antwort ist auch auf Nachfragen hin bis Mitte März ausgeblieben.

Zurück zum Schulamt.

Selbstverständlich wandten sich Karl-Jürgen Müller und Ewald Wetekamp auch an den Leiter des Staatlichen Schulamtes in Göppingen mit folgendem Brief:

«Sehr geehrter Herr Polzer

Über einen Artikel in der „Südwest Presse“ vom 18. Januar und ein Schreiben des Chefredakteurs der „Südwest Presse“, Herrn Becker, vom 28. Januar haben wir von einer Medienmitteilung des Staatlichen Schulamtes Göppingen vom 14. Januar erfahren, mit der das Staatliche Schulamt – dem Wortlaut nach – in Ihrem Auftrag und in Abstimmung mit der Pressestelle des Kultusministerium zu einer Pressemitteilung unseres Arbeitskreises vom 6. Januar nicht nur inhaltlich Stellung nimmt, sondern auch völlig sachfremd die beiden Unterzeichner dieses Schreibens attackiert.

Wir sind beide beamtete Lehrer im baden-württembergischen Schuldienst und verwahren uns auf das Entschiedenste dagegen, dass unsere Namen mit Begriffen wie «enttarnen» und «Dunstkreis» in Verbindung gebracht werden. Schon eine solche Wortwahl passt in keiner Weise zu einer Stellungnahme einer staatlichen Behörde und steht einer staatlichen Behörde unserer Auffassung nach auch nicht zu. Ebenso verwahren wir uns aufs Entschiedenste dagegen, in irgendeine Verbindung mit «rechts» gebracht zu werden. Für eine solche Unterstellung gibt es keinerlei sachlichen Anhaltspunkt.

Was den „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis“ betrifft, so führen wir gerne mit Ihnen ein Gespräch über diesen 2002 aufgelösten Schweizer Verein, den wir beide gekannt haben, und stellen Ihnen auch gerne Unterlagen hierzu zur Verfügung. Dieser ehemalige Schweizer Verein hat allerdings nichts mit dem im März 2012 gegründeten baden-württembergischen „Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg“ zu tun.

Ein Gespräch mit Ihnen führen wir gerne auch über die Kritikpunkte unseres Arbeitskreises am Projekt „Gemeinschaftsschule“ der derzeitigen Landesregierung. Unsere Kritik ist keine Einzelmeinung, sondern deckt sich in vielen Punkten mit der Kritik von anderer Seite. Sehr gerne erläutern wir unsere Kritik und treten auch gerne in einen sachlichen Dialog hierüber ein.

In Erwartung Ihrer baldigen Antwort verbleiben wir

Mit freundlichen Grüßen

...»

Einen Monat später gibt es auch auf diesen Brief keinerlei Antwort.

So überlassen wir es also dem Leser dieses Textes, sich selbst einen Reim auf die Vorgänge zu machen. Vielleicht ist unsere anfängliche Interpretation falsch. Man möge uns gerne von etwas anderem überzeugen.